

Kerntechnik als Sicherheitsversprechen

Atomwirtschaft und gesellschaftliche Risikodiskurse in der Bundesrepublik der 1980er und frühen 1990er Jahre

Sascha Brünig

Abstract

In the mid-1970s, the dangers associated with nuclear power moved to the center of risk debates in Germany. Following the reactor accident at Three Mile Island (1979) and the Chernobyl disaster (1986), the West German nuclear industry's business prospects severely deteriorated. How did the nuclear industry perceive and confront the challenge of nuclear skepticism? And how did this emerging challenge alter the perceived future of nuclear technology in the Federal Republic and beyond? The article argues that the nuclear industry did not passively accept the »depletion of utopian energies« (J. Habermas) to which the peaceful use of the atom was subjected. Instead, the industry worked to create new (utopian) prospects for nuclear power. The industry's public relations campaign positioned nuclear power in two interrelated fields of insecurity: the decline of industrial society and environmental crises. Both threats, ran the argument put forth by nuclear proponents, could only be combatted by relying on nuclear power for electricity production. In this way, nuclear power was translated into a comprehensive promise of security that was intended to salvage the future of nuclear power as well as that of its investors in the face of growing anti-nuclear sentiment.

Keywords *Insecurity, Nuclear Industry, Nuclear Power, Nuclear Utopias, Public Relations*

Die Kernenergie steht nicht am Ende ihrer Geschichte, wenngleich dieses Ende nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima mit unterschiedlichen Apostrophierungen ausgerufen wurde. Vor allem in Deutschland, wo *Der Spiegel* das »Ende des Atomzeitalters« präzise auf »Fukushima, 2. März 2011, 15:36 Uhr« zu datieren suchte,¹ schien die Kernenergie nach dem Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung, den die Bundesregierung unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe in Japan beschlossen hatte, endgültig auf dem Abstellgleis angekommen zu sein. Ein Blick nach Frankreich und Großbritannien verdeutlicht indes, dass die Nutzung der Kernenergie anderswo noch immer als fester Bestandteil einer atomfreundlichen Staatsräson fungiert, die sich in der Bundesrepublik bereits vor Fukushima überlebt hatte. Im Lichte der aufwendigen Rückbauprozesse kerntechnischer Anlagen ist die Diagnose eines Endes der Ge-

¹ Zit. nach Christoph Wehner, *Die Versicherung der Atomgefahr. Risikopolitik, Sicherheitsproduktion und Expertise in der Bundesrepublik Deutschland und den USA 1945-1986*, Göttingen 2017, S. 9.

schichte der Kernenergie jedoch auch hierzulande gewagt.² Zudem gründen sich jenseits dieses »in Beton gegossenen Erbe[s]«³ und anderer strahlender Ewigkeitslasten des nuklearen Zeitalters mancherorts auch wieder Hoffnungen in die Kernenergie: Als vermeintlich sauberste Energiequelle betrachten etwa Teile der Klimabewegung die Atomkraft nicht mehr als ungewollte Hinterlassenschaft des 20., sondern – vor dem Hintergrund der CO₂-intensiven Braunkohleverstromung, die in Deutschland noch bis spätestens 2038 weiterlaufen soll – als mögliche Zukunftstechnologie des 21. Jahrhunderts.⁴ Der Slogan »Atomkraft – ja bitte!«, der nach Fukushima nur noch unverbesserlichen Atomapologet*innen vorbehalten schien, ist damit ausgerechnet (auch) aus jenem Milieu zu vernehmen, das der Kernenergie über Jahrzehnte hinweg jegliche Zukunftsfähigkeit abgesprochen hatte.

Diese Wendung regt zum Nachdenken an, fällt durch sie doch auch ein anderes Licht auf die Geschichte der Atomkraft. Um einem falschen Eindruck vorzubeugen: Der vorliegende Beitrag möchte nicht etwa einer kontemporären Renaissance der Kernenergie in Deutschland das Wort reden. Tatsächlich kann der Topos eines sich vermeintlich abzeichnenden kerntechnischen Comebacks selbst auf eine lange Geschichte zurückblicken.⁵ Und doch legt das vereinzelt Wiederaufflackern der Diskussionen über mögliche zukünftige Nutzungsoptionen der Kernenergie nahe, dass ein hartes Niedergangsnarrativ, innerhalb dessen der 2011 beschlossene Ausstieg den Fluchtpunkt für die historische Einordnung der Kerntechnik in Deutschland bildet, mit zahlreichen Blindstellen operiert. Demgegenüber plädiert der vorliegende Beitrag dafür, dem Spannungsverhältnis zwischen utopischen und dystopischen Zukunftsvisionen, von dem die Geschichte der zivilen Nutzung der Kernenergie gekennzeichnet war und ist, größere Aufmerksamkeit einzuräumen.⁶ Dass dies bislang nur in Ansätzen geschehen ist, liegt wiederum auch darin begründet, dass die (west-)deutsche Kernenergiegeschichte zumeist in einer Engführung auf die Anti-Atomkraft-Bewegung geschrieben worden ist, kernenergiebefürwortende Akteur*innen demgegenüber jedoch wesentlich seltener untersucht worden sind. Schon deshalb drängt sich leicht der Eindruck auf, die Atomkraft habe – sicherheitshistorisch formuliert – spätestens ab der Mitte der 1970er Jahre nicht mehr als konsensfähige Großtechnologie firmiert, deren Nutzung von weiten Teilen der westdeutschen Gesellschaft anerkannt wurde, sondern lediglich als politisch und technisch einzuhegendes Gefahrenpotenzial.

2 Vgl. die Website des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das in einem Info-Video verkündet: »mit der Energiewende ist die Atomkraft in Deutschland Geschichte«, <https://www.endlagersuche-infoplattform.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/Endlagersuche/DE/02-Info-kampagne.html> (letzter Zugriff 22.4.2021).

3 Frank Uekötter, Utopie ohne Ökonomie. Aufstieg und Niedergang der Atomkraft in der westlichen Welt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66 (2016) 12-13, S. 11-16, hier S. 16.

4 Caterina Lobenstein/Xifan Yang, Atomkraft. Sie ist wieder da, *Die Zeit*, Nr. 10, 3.3.2021, www.zeit.de/2021/10/atomkraft-fukushima-ausstieg-klimaschutz-china-kohle.html (letzter Zugriff 22.4.2021).

5 Paul Nelson, Reassessing the Nuclear Renaissance, in: *Bulletin of the Atomic Scientists* 66 (2010) 4, S. 11-22.

6 In einem Forschungsüberblick ruft die Technikhistorikerin Karena Kalmbach diesbezüglich zur Untersuchung der »shifting nuclear vices and virtues« auf, Karena Kalmbach, Revisiting the Nuclear Age. State of the Art Research in Nuclear History, in: *Neue Politische Literatur* 65 (2017) 1, S. 49-69, hier S. 68f.

Hatte der Soziologe Helmut Schelsky 1961 noch in dezidiert kulturkritischem Ton prognostiziert, Bürger*innen zukünftiger westdeutscher Gesellschaften würden sich »technischen Innovationen in geradezu heilsgewisser Zukunftshoffnung hingeben«,⁷ so schien das utopische Reservoir der Atomkraft 15 Jahre später weitgehend erschöpft. Wie aber schätzten diejenigen die Lage ein, die auch weiterhin an der zukünftigen Nutzung der Kernenergie festhielten? In dieser Hinsicht scheint insbesondere die Frage interessant, wie die westdeutsche Atomwirtschaft mit der Herausforderung wachsender Atomskepsis umging und wie sich darüber das Bild veränderte, das man sich von der eigenen Zukunft machte.⁸

Zunächst jedoch besteht Klärungsbedarf hinsichtlich zweier Herausforderungen, die die Thematisierung dieser Frage erschweren. Zum einen betrifft dies den Begriff der Atomwirtschaft: Wenn im Folgenden sowohl Hersteller als auch Betreiber von Kernkraftwerken sowie industrienahen Interessen- und PR-Verbände unter dieses Rubrum subsumiert werden, so spiegelt dies eine der zentralen Thesen des vorliegenden Beitrags: dass es sich bei dem Versuch, die Zukunft der Kernenergie in der Bundesrepublik offenzuhalten, um einen arbeitsteiligen Prozess handelte. Für diesen lässt sich trotz bisweilen divergierender Ziele und auftretender Friktionen innerhalb der westdeutschen »Atomlobby« (so die zeitgenössische Reizvokabel) eine weitgehend kongruente Interessenlage der handelnden Akteur*innen konstatieren, die auf einer Fortführung der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik – und, wie zu zeigen sein wird, auch im globalen Maßstab – insistierten.⁹ Eine zweite Schwierigkeit betrifft die Quellenlage: So wird der Blick hinter die Kulissen der Atomwirtschaft dadurch erschwert, dass eine archivarische Tradition nur über bestenfalls punktuelle Überlieferungen in staatlichen Archiven (etwa für das Deutsche Atomforum (DAfF)) bzw. im Falle der Kraftwerk Union AG (KWU) über das Archiv des Siemens-Mutterkonzerns nachvollziehbar ist.¹⁰ Diese Einschränkungen machen eine umfassende Berücksichtigung publizierter Quellen unumgänglich.

Die These, der im Folgenden nachgegangen werden soll, lautet, dass die Atomwirtschaft in den 1980er Jahren von einer tiefgreifenden Ernüchterung ergriffen wurde, in der die ambitionierten Pläne eines Ausbaus der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik von einer bescheideneren Zielsetzung abgelöst wurden. Mit dieser schrittweisen Profanierung der Kernenergie beschleunigte die Atomwirtschaft den Zerfall

7 Helmut Schelsky, *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Köln/Opladen 1961, S. 26.

8 Die bisherigen Forschungen zur Geschichte der Atomwirtschaft sind recht übersichtlich. Neben dem Standardwerk von Joachim Radkau/Lothar Hahn, *Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft*, München 2013, das thematisch eng an Radkaus Habilitationsschrift von 1983 anschließt, erstreckt sich das Forschungsfeld vor allem auf einige Aufsätze, von denen mit Michael Schüring, *Advertising the Nuclear Venture. The Rhetorical and Visual Communication Strategies of the German Nuclear Industry in the 1970s and 1980s*, in: *History and Technology* 29 (2013) 4, S. 369-398 hier nur der wichtigste aufgeführt sei.

9 Mit Blick auf die westdeutschen Energieversorgungsunternehmen siehe Hendrik Ehrhardt, *Stromkonflikte. Selbstverständnis und strategisches Handeln der Stromwirtschaft zwischen Politik, Industrie, Umwelt und Öffentlichkeit (1970-1989)*, Stuttgart 2017, v.a. S. 231-247.

10 Nach Auskunft eines ehemaligen Mitarbeiters in der firmeneigenen PR-Abteilung der KWU ist das Unternehmensarchiv, zumindest aber die Sammlung zur Öffentlichkeitsarbeit, in den frühen 2000er Jahren vernichtet worden. Mehrere Anfragen auf Akteneinsicht im Archiv des Deutschen Atomforums blieben unbeantwortet.

der »utopischen Energien« (Jürgen Habermas) der Kerntechnik. Um den Sinnverlust zu kompensieren, schrieb sich die Atomwirtschaft in die Unsicherheitsdiskurse der 1980er Jahre ein. Im Zuge dessen konfigurierte sie die Kernenergie als ein umfassendes Sicherheitsversprechen gegen ökonomische und ökologische Vulnerabilitäten, die vermeintlich im Begriff waren, die westdeutsche Gesellschaft fatal zu destabilisieren. Der Beitrag schließt damit insbesondere an unternehmens- und umweltgeschichtliche Forschungen an, die für die 1980er Jahre eine wachsende Bedeutung des Umweltdiskurses als Stichwortgeberin für die *Public Relations* von Industrieunternehmen – darunter auch die bundesrepublikanische Stromwirtschaft – konstatiert haben.¹¹ Diese graduelle Aneignung ökologischer Argumente zielte darauf ab, die neue Öffentlichkeit für Umweltfragen mit ausgesuchten PR-Inhalten zu bespielen. Die Industrie begründete damit eine langfristige Konjunktur ostentativ »grünen« Unternehmenshandelns, in der sich der vermeintlich scharfe Gegensatz zwischen volkswirtschaftlichen bzw. betrieblichen Notwendigkeiten und Maßnahmen des Umweltschutzes – zumindest in der Öffentlichkeitsarbeit der Unternehmen – aufzulösen begann. Die Entwicklung dieser Kommunikationsstrategie gegenüber der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit wird im Folgenden anhand der Öffentlichkeitsarbeit der Atomwirtschaft in Bezug auf die zwei dominanten Unsicherheitsdiskurse der 1980er Jahre nachvollzogen: den Debatten über die Krise der Industriegesellschaft und über die Problematik der Umwelt bzw. (ab dem letzten Drittel der 1980er Jahre) der Erderwärmung. Zuvor ist es jedoch vonnöten, den Horizont der gesellschaftlichen Kernenergiekontroverse an der Wende zu den 1980er Jahren auszuleuchten, der vor allem durch die Reaktorhavarie von Three Mile Island beherrscht wurde.

Three Mile Island und die Zukunft der Kernenergie an der Wende zu den 1980er Jahren

Am frühen Morgen des 28. März 1979 ereignete sich im Kernkraftwerk Three Mile Island nahe Harrisburg, Pennsylvania, eine partielle Kernschmelze. Ursache war eine Verkettung von Fehlern der Betriebsmannschaft, die die kritische Situation lange nicht angemessen eingeschätzt hatte. Bei dem Versuch, den Druck im Schutzbehälter des Reaktors zu verringern, gelangte eine kleine Menge an radioaktiven Gasen in die Umwelt.¹² Im ohnehin bereits aufgeheizten Klima der gesellschaftlichen Kernenergie-diskussion konnte man sich auch in der Bundesrepublik der desaströsen Wirkung der Havarie nicht entziehen.¹³ Dabei war insbesondere die Tatsache von Bedeutung, dass die Risiken der zivilen Kernenergienutzung nicht länger in die Sphäre des Hypothe-

11 Hendrik Erhardt, Umweltpolitik in der Stromwirtschaft. Vom Kostentreiber zur Legitimationsinstanz?, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 60 (2015) 2, S. 194-217; Joachim Radkau, Das RWE zwischen Kernenergie und Diversifizierung 1968-1988, in: Dieter Schweer/Wolf Thieme (Hg.), »Der gläserne Riese«. RWE – Ein Konzern wird transparent, Wiesbaden 1998, S. 221-244, v.a. S. 240; siehe auch die Beiträge in Hartmut Berghoff/Adam Rome (Hg.), Green Capitalism? Business and the Environment in the Twentieth Century, Philadelphia 2017.

12 J. Samuel Walker, Three Mile Island. A Nuclear Crisis in Historical Perspective, Berkeley u.a. 2006.

13 Frank Bösch, Taming Nuclear Power. The Accident near Harrisburg and the Change in West German and International Nuclear Policy in the 1970s and early 1980s, in: German History 35 (2017) 1, S. 71-95.

tischen verbannt werden konnten. Trotz der Insistenz, mit der Repräsentanten der Atomwirtschaft auch weiterhin auf der technischen Beherrschbarkeit einer vergleichbaren Havarie in deutschen Kernkraftwerken beharrten,¹⁴ besaß das atomare »Restrisiko« mit den unter anderem von der *Tagesschau* aus Harrisburg gesendeten Bildern für viele Bundesbürger*innen nun zutiefst gegenständlichen Charakter. In der Folge nahm der öffentliche Widerstand gegen geplante oder sich bereits in der Bauphase befindende Kernkraftwerke erheblich zu, und auch der noch prinzipiell kernenergiefreundliche Konsens innerhalb der Bonner Parteienlandschaft begann, ernsthafte Risse aufzuweisen.¹⁵

Für die Atomwirtschaft fungierte die Havarie als Katalysator einer bereits länger schwelenden Diskussion über die Effektivität bisheriger Kommunikationsstrategien gegenüber der bundesrepublikanischen Bevölkerung.¹⁶ Teil dieser kritischen Selbstverständigung war auch eine Vergegenwärtigung der Zukunftsaussichten der Kerntechnik. Zwar wurde weiterhin die wirtschaftliche Unmöglichkeit eines Kernenergiememoratoriums betont, gleichzeitig bezweifelten führende Stimmen innerhalb der Atomwirtschaft die politische Durchsetzbarkeit eines großflächigen Ausbaus der Kernenergie, der nach Three Mile Island unmöglicher denn je erschien.¹⁷ Wie der Chefredakteur des Branchenmagazins *Atomwirtschaft* beklagte, schien die Zukunft der Kernenergie damit in einer vollkommenen »Unberechenbarkeit und Unvorhersehbarkeit« gefangen. Denn einerseits seien die »Energieprobleme der Zukunft [...] in den einzelnen Industrieländern nur mit größtmöglicher Nutzung aller Energiequellen einschließlich der Kernenergie einigermaßen zu bewältigen«. Andererseits würden diese ökonomischen Realitäten zunehmend durch »politische ›Akzeptanz‹ und wahltaktisches Kalkül« als Kriterien politischer Entscheidungsfindung verdrängt.¹⁸

An der Wende zu den 1980er Jahren stellte sich für die Atomwirtschaft damit die grundsätzliche Frage, auf welche Weise und mit welchen Argumenten die Kernenergie wieder mehrheitsfähig gemacht werden konnte. Zu diesem Zweck intensivierte die Kernindustrie ihren Dialog mit der Öffentlichkeit, der seit Beginn der Kernenergiekontroverse ab der Mitte der 1970er Jahre stetig ausgebaut worden war, nochmals deutlich.¹⁹ Eine stärkere Berücksichtigung in Werbe- und Informationsmaterialien erfuhren nun vor allem die konkreten Arbeitsabläufe innerhalb von Kernkraftwer-

14 Siehe etwa den Beitrag des DATF-Präsidiumsmitglieds Gerhard Flämig, Was in Harrisburg geschah, wäre in Biblis nicht möglich gewesen, in: *Atom + Strom* 25 (1979) 5, S. 133f.

15 Bösch, *Taming Nuclear Power*, S. 81.

16 Wolfgang D. Müller, Harrisburg – eine Informations-Katastrophe, in: *Atomwirtschaft* 24 (1979) 6, S. 311f. In diesem Sinne erhärtet sich auch die Diagnose bei Wehner, *Versicherung*, S. 340-343, wonach Three Mile Island für Kernenergiebefürworter*innen in der Bundesrepublik keine harte Zäsur dargestellt habe, sondern vor allem als Diskurskatalysator fungierte, vgl. Bösch, *Taming Nuclear Power*.

17 Siehe beispielsweise die Eröffnungsansprache von DATF-Präsident Rudolf W. Guck auf der European Nuclear Conference 1979, in Auszügen abgedruckt bei Rudolf W. Guck, *Kernenergie im Zwiespalt zwischen Realität und Vorstellung*, in: *Atomwirtschaft* 24 (1979) 6, S. 326, sowie Wolfgang D. Müller, Es geht doch nicht ohne Kernenergie, in: *Atomwirtschaft* 24 (1979) 7, S. 359.

18 Wolfgang D. Müller, 1980 und was nun?, in: *Atomwirtschaft* 25 (1980) 1, S. 17.

19 Werner Rudloff, Fallbeispiel VI. Öffentlichkeitsarbeit in der Investitionsgüterindustrie am Beispiel der Kraftwerk Union AG, in: Günther Haedrich/Günter Barthenheier/Horst Kleinert (Hg.), *Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Unternehmen und Gesellschaft. Ein Handbuch*, Berlin 1982, S. 287-298. Der Autor war in den 1980er Jahren Leiter des KWU-Bereichs Publizistik und Kommunikation.

ken. Mit der Sensibilisierung für die materiellen Praktiken der Atomkraft und der Inszenierung der mit ihr befassten Menschen erhoffte man sich eine Steigerung des Vertrauens, das die Bevölkerung der sicherheitstechnischen Expertise der Atomwirtschaft entgegenzubringen bereit war.²⁰ Auf einer vom Deutschen Atomforum bereits vor der Havarie von Three Mile Island auf den Weg gebrachten Wanderausstellung, die in mehreren westdeutschen Gymnasien gastierte, standen hingegen Planspiele zu atomrechtlichen Genehmigungsverfahren und zukünftigen Energieversorgungsmöglichkeiten im Mittelpunkt.²¹ Dabei wurden auch Pro-Kernenergie-Aufkleber verteilt, die der Anti-Atomkraft-Bewegung ökonomische Unredlichkeit und ein gefährliches Spiel mit der Energiesicherheit der Bundesrepublik vorwarfen. Unter einer mittig angebrachten Darstellung steinzeitlicher Werkzeuge stand die Aussage »Atomkraftgegner überwintern bei Dunkelheit mit kaltem Hintern« geschrieben.²² Auf ähnliche Weise unkte eine 1980 entworfene Werbeanzeige des Atomforums, wer ganz auf Kernenergie verzichten wolle, »wird bei Kerzenlicht kalte Doseinnahrung im Wintermantel verzehren...«.²³

Evident wird hier nicht nur, wie sehr dem Atomforum an einer polemischen Verzerrung der Anti-Atomkraft-Bewegung gelegen war – umso mehr, als persiflierende Gehässigkeiten gegenüber der »Atomlobby« auch in die andere Richtung an der Tagesordnung waren. Gleichzeitig illustriert das obige Beispiel eines der Hauptargumente, mit dessen Hilfe die Atomwirtschaft die Zukunft der Kernenergie zu sichern suchte: die vermeintliche Tatsache, dass in der Frage der Kernenergie gleichzeitig über die wirtschaftlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Wohlstands entschieden wurde.

Kernenergie und die Zukunft der westdeutschen Industriegesellschaft

Eine Verfahrensweise innerhalb der neuen Strategie bestand darin, die Zukunft der Kernenergie mithilfe von (mehr oder minder) subtilen Anklängen an die kollektiven Erfahrungsräume der westdeutschen Gesellschaft abzusichern.²⁴ In diesem Zusammenhang diente das überspitzte Szenario eines durch Kernenergieverzicht herbeigeführten Rückfalls in eine »kalte« Vergangenheit dazu, bei den Westdeutschen Erinnerungen an die Mangelgesellschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit abzurufen. Im Gegenzug fungierte die Industriegesellschaft der »Wirtschaftswunder«-Jahre als wirkmächtiger Kontrast zu einem Schreckensszenario, das eine durch Wohlstandsverlust und Sparzwänge gegängelte Zukunft entwarf. Ohne die Kernenergie, so die implizite Aussage

20 Sascha Brünig, *Performing Diligence. Nuclear Labour, Reactor Safety and Public Relations in the West German Nuclear Industry in the 1980s*, in: Mark Jakob/Nina Kleinöder/Christian Kleinschmidt (Hg.), *Security and Insecurity in Business History. Case Studies in the Perception and Negotiation of Threats*, Baden-Baden 2021, S. 227-250.

21 »DATF-Ausstellungen in Bernsberg und Mönchengladbach, 9. April 1979«, Bundesarchiv Koblenz (BArch) B 196/20642.

22 Ebd.

23 »Wie wollen Sie Strom sparen, wenn keiner mehr da ist?« Entwurf für eine Print-Anzeige des Deutschen Atomforums, Apitz, Kohtes & Partner Public Relations GmbH, März–Juli 1980, BArch B 196/20644.

24 Schüring, *Advertising*, S. 384-386.

diverser Werbematerialien, standen die ökonomischen Errungenschaften der Nachkriegszeit und der darauf gründende Lebensstandard zur Disposition.²⁵

Dass eine solche Vergegenwärtigung der Nachkriegsvergangenheit nichts mit falsch verstandener Nostalgie zu tun haben sollte, zeigte 1982 die von der RWE herausgegebene Kundenzeitschrift *Strom*, als das Blatt ein Buch über »Mensch und Energie im Wandel der Zeit« mit diesen Worten bewarb:

»Man geht Ihnen meist gerne nach, den Erinnerungen. Manch einer trauert vergangenen Zeiten sogar sehr nach: ›So wie früher ist das heute doch alles nicht mehr‹ oder ›Ja, damals, da war alles noch in Ordnung‹, sind gelegentliche Seufzer. Geht man den Dingen jedoch auf den Grund, bekommen Erinnerungen ein ganz anderes Bild. Dann sehen vergangene Zeiten häufig nicht mehr so rosig aus. Mühen und Plagen [waren] an der Tagesordnung.«²⁶

Auf ähnliche Weise argumentierte der langjährige KWU-Vorstandsvorsitzende Klaus Barthelt in einem 1981 veröffentlichten Essay, in dem er vor seinen Leser*innen das Phänomen des »Kohlenklaus« Revue passieren ließ. Wie Barthelt betonte, habe man zu Kriegszeiten »notgedrungen energiebewusst« leben müssen, weshalb die Kernenergie vielen Westdeutschen in der Nachkriegszeit als »Retter in der Not« erschienen sei.²⁷

Für diejenigen, die Barthelts Beitrag lasen, mochte es scheinen, als schreibe der Vorstandsvorsitzende der KWU diese Ausführungen als Privatperson. Dieser Eindruck war kein Zufall, sondern hatte Methode. Ab 1980 versuchte der Unternehmensvorstand der KWU, seine Mitarbeiter*innen zur unbezahlten Öffentlichkeitsarbeit im privaten Bereich zu motivieren; ein Ansinnen, das offenkundig auf große Bereitschaft innerhalb der Belegschaft stieß.²⁸ Auch an anderer Stelle ist nachzuvollziehen, wie die Atomwirtschaft die Autorschaft – und damit auch die harten ökonomischen Interessen – ihrer Öffentlichkeitsarbeit verwischte. So bestand seit 1975 der Informationskreis Kernenergie (IK) als Teil des Deutschen Atomforums. Auf den Werbeanzeigen und Informationsbroschüren, die der IK herausgab, wurde über diese Zugehörigkeit jedoch nicht aufgeklärt.²⁹ Auf diese Weise sollte es für Leser*innen erscheinen, als argumentiere hier ein privater Verein oder eine der zahlreichen kernenergiebefürwortenden Bürgerinitiativen für die Unverzichtbarkeit der Kernenergie.

Während der Informationskreis Kernenergie in seiner Öffentlichkeitsarbeit gleichsweise subtil vorging, bedienten sich die Topmanager der Atomwirtschaft eines deutlich drastischeren Vokabulars, wenn es um die Verknüpfung von Kernenergie und Industriegesellschaft ging. So betonte Atomforum-Präsident Rudolf Guck im Rahmen einer öffentlichen Vortragsveranstaltung, dass von der Kerntechnik nichts weni-

25 »Was riskieren wir, wenn wir auf die Kernenergie verzichten?«, Entwurf für eine Print-Anzeige des Deutschen Atomforums, Apitz, Kohtes & Partner Public Relations GmbH, April 1980, BArch B 196/20644.

26 ›E‹ wie Erinnerung, in: *Strom* 14 (1982) 2, o. S.

27 Klaus Barthelt, Ist die Energieversorgung nach 1985 gesichert?, in: ders./Klaus Kunkel (Hg.), *Freiheit die wir brauchen. Plädoyers für eine kreative und offene Gesellschaft*, Köln 1981, S. 17-53, hier S. 18.

28 Rudloff, *Öffentlichkeitsarbeit*, S. 295.

29 Kernkraft. Regelrecht versteckt, *Der Spiegel*, Nr. 18, 28.4.1980, S. 91-94.

ger als die Zukunft der westdeutschen Industrie im entscheidenden Maße abhängen.³⁰ Mit Hans K. Göhringer sprach auf der gleichen Veranstaltung auch der scheidende Vorstandsvorsitzende der Brown, Boveri & Cie. (BBC), einer Konkurrentin der KWU. Auch Göhringer stellte heraus, dass nur »mit der Kernenergie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft der Bundesrepublik gesichert werden« könne.³¹

Im Sommer 1986, als in den Monaten nach Tschernobyl für kurze Zeit ein sofortiger Ausstieg aus der Atomkraft in greifbare Nähe rückte, wurde der Ton nochmals alarmistischer. So verlieh der Vorstandsvorsitzende des Siemens-Mutterkonzerns der KWU, Karlheinz Kaska, in einem großen Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* seiner Überzeugung Ausdruck, wenn die Bundesrepublik aus der Kernenergie aussteige, verabschiede man sich gleichzeitig »aus der Welt der industrialisierten Staaten«.³² Auf ähnliche Weise argumentierte zwei Jahre später der Leiter der Kernforschungsanlage Jülich, Wolf Häfele, die »zählebigen Auseinandersetzungen um die friedliche Nutzung der Kernenergie [dürften] nicht über die eigentlichen Interessensgegensätze hinwegtäuschen, die da am vordergründigen Objekt [...] aufeinanderprallen.« Vielmehr werde in der Arena der Kernenergiepolitik gleichzeitig über die Zukunft »der hochentwickeltesten Industrieländer« entschieden.³³

Dass die Atommanager auf der Unabdingbarkeit der Kernenergie mit immer größerem Aplomb insistierten, kann als Gradmesser für das wachsende Bewusstsein innerhalb der Atomwirtschaft ausgelegt werden, dass sich die Zukunft der Kernenergie im Lichte nun wegbrechender politischer Mehrheiten zusehends verdüsterte. So wagte das Branchenjournal *Atomwirtschaft* nach Tschernobyl keine sichere Prognose darüber abzugeben, ob sich das kerntechnische Geschäftsfeld im letzten Drittel der Dekade noch werde genug erholen können, um die Überlebensgrundlage der Atomwirtschaft zu sichern.³⁴ Ein Jahr später bilanzierte der scheidende KWU-Vorstandsvorsitzende Klaus Barthelt nicht ohne Grimm, sein Unternehmen betreibe mittlerweile »eine Polittechnik«, mit der man sich auf jede parteipolitische Volte in der Kernenergiepolitik schon im Vorhinein einzustellen versuche. Nach »Schönwetterkapitänen« werde man deshalb in der Atomindustrie vergeblich suchen.³⁵

Barthelts Verzweiflung steht stellvertretend für einen großen Teil der Atommanager. So gibt die (leider nur punktuell nachvollziehbare) interne Kommunikation nach der Katastrophe von Tschernobyl darüber Auskunft, dass sich die Atomwirtschaft – zumindest kurzzeitig – am Ende aller Gewissheiten wähnte, und auch die strategische und inhaltliche Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit nochmals zu über-

30 Rede von Rudolf W. Guck auf einer Vortragsveranstaltung des DATF, 29.11.1979, BArch B 196/53013.

31 Abgedruckt bei Hans K. Göhringer, Zur Problematik der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Atom + Strom* 26 (1980) 1, S. 1-4.

32 »Wenn wir aussteigen, steigen wir aus der Welt der industrialisierten Staaten aus.« SZ-Gespräch mit dem Siemens-Vorstandsvorsitzenden Karlheinz Kaska, *Süddeutsche Zeitung*, 19.7.1986, S. 12.

33 Wolf Häfele, Kerntechnik – ein Synonym für Industriegesellschaft, in: *VDI-Nachrichten* 67 (1988) 8, S. 16f.

34 Wolfgang D. Müller, Rückblick auf ein schwieriges Jahr, in: *Atomwirtschaft* 31 (1986) 12, S. 597.

35 »Referat von Herrn Dr. Barthelt zur KWU-Führungstagung am 19.5.1987«, Siemens Historical Institute, Sig. 31648.

denken für notwendig erachtete.³⁶ Gleichzeitig ist auffällig, welche hohe Kontinuität das Argument aufwies, ein Kernenergiemoratorium käme einer fatalen Schwächung des »Standorts Deutschland«³⁷ und damit der westdeutschen Industriegesellschaft gleich. Der Hauptgrund für diese Kontinuität liegt auf der Hand: So war insbesondere das Atomforum dank demoskopischer Auftragsforschung genau darüber informiert, in welchem hohem Maße die Frage nach der Zukunft von Wachstum und Wohlstand zu jenen »Orientierungsproblemen einer verunsicherten Gesellschaft«³⁸ gehörte, die sich durch Ölkrise, Stagflation und das langsame Verschwinden industrieller Erwerbstätigkeiten herausgefordert sah.³⁹ Der »Abstieg der High-Tech-Industrienation Bundesrepublik zu einem nur mittelmäßigen Industrieland«, den die KWU-Arbeitnehmer*innenzeitschrift *Intern* ein Jahr nach Tschernobyl für den Fall eines Ausstiegs aus der Atomkraft androhte,⁴⁰ eignete sich damit in besonderer Weise, um die wachsende Zahl von Atomskeptiker*innen für die Kernenergie zurückzugewinnen.

Kernenergie und die neue Konjunktur der Umwelt

Der zweite Unsicherheitsdiskurs, in den sich die Kernindustrie einschaltete, betraf die Konjunktur der Umwelt in der westdeutschen Gesellschaft der 1980er Jahre. Die Frage nach der Zukunft der Industriegesellschaft wurde jedoch hier insofern nicht ausgeklammert, als mithilfe der Kernenergie die vermeintlichen Unvereinbarkeiten von Ökonomie und Ökologie abgebaut werden sollten. Emissionsvermeidung und Sicherung der Stromversorgung avancierten in dieser Hinsicht zu zwei Seiten derselben Medaille.

Um die Kernenergie als umweltfreundliche Technologie erscheinen zu lassen, war die Atomindustrie erkennbar bemüht, nach außen eine starke Branchensensibilisierung für Umweltfragen zu demonstrieren. Bereits seit Ende der 1970er Jahre erschien mit der monatlichen Ausgabe der *Atomwirtschaft* auch eine Beilage zum Thema »Kernenergie und Umwelt«. Eine Recherche in den Jahresinhaltsverzeichnissen der Zeitschrift fördert außerdem zu Tage, dass sich die Zahl der Beiträge in der Sektion »Sicherheit, Strahlenschutz, Umwelt« ab 1980 deutlich erhöhte. Bei der KWU firmierte

36 Gebeutel von den Wechselbädern der Energiepolitik. Unternehmensbereich KWU präsentiert sich im Wirtschaftsausschuss, in: Siemens-Mitteilungen 22 (1988) 6, S. 4f.

37 Wencke Meteling, Nationale Standortsemantiken seit den 1970er-Jahren, in: dies./Ariane Leendertz (Hg.), Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren, Frankfurt a.M. 2016, S. 203-237.

38 Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 545-578.

39 Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019.

40 Ausstieg würde industriellen Abstieg einleiten, in: Intern. Zeitschrift für die Mitarbeiter der Kraftwerk Union Aktiengesellschaft 19 (1987) 2, S. 10. Die Hauszeitschrift folgte damit nahezu wörtlich den Aussagen einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft aus dem November 1986, siehe: Kernenergie. Ein Argumentationspapier des Instituts der deutschen Wirtschaft. Der Ausstieg würde einen Prozess des industriellen Abstiegs einleiten, Handelsblatt, 4.11.1986, S. 6.

der Umweltbegriff schon ab 1977 im Untertitel der neuen Broschürenreihe *KWU-Argumente*.⁴¹

Analog zu anderen (Groß-)Unternehmen schrieb sich die Atomwirtschaft auf diesem Wege in die Diskurse der »ökologische[n] Wende« ein, die Umwelthistoriker*innen für die Zeit nach 1970 diagnostiziert haben.⁴² Zwar besaß der Umweltbegriff in der Kernindustrie bereits eine längere Geschichte; dies jedoch vor allem als technische Vokabel, mit der in der Frühphase der Kernenergiekontroverse, als sich die noch überschaubare öffentliche Skepsis insbesondere auf die Frage der Strahlungsbelastung in der Umgebung von Kernkraftwerken bezog, das lokale Umfeld von nuklearen Anlagen bezeichnet wurde. Im Verlauf der Dynamisierung des Umweltbegriffs in der politischen Sprache der Bundesrepublik erfuhr auch die Verwendungspraxis innerhalb der Atomwirtschaft eine qualitative Aufwertung. In diesem Zusammenhang hielt zudem der Begriff der Nachhaltigkeit Einzug in die atomwirtschaftlichen Kommunikationsstrategien. Dabei versuchte die Atomwirtschaft, die Kerntechnik gegenüber der westdeutschen Öffentlichkeit als Lösungsbeitrag zu einem Umweltproblem zu positionieren, dem zunehmende politische Aufmerksamkeit zuteilwurde: die globale Erwärmung. Die frühen Diskussionen um den Klimawandel bedeuteten für die Kernindustrie eine willkommene Möglichkeit, ihre Technologie aus dem Schatten von Tschernobyl herauszuführen. So machte der scheidende KWU-Vorstandsvorsitzende Barthelt bereits im Mai 1987 im Rahmen einer Tagung der Chefetage seines Unternehmens auf den vorsichtigen Aufschwung des internationalen Kernenergiemarkts aufmerksam.⁴³

Drei Jahre später bilanzierte sein Nachfolger Adolf Hüttl, die Kernenergie sei ihrer durch Tschernobyl verlorenen »Wertschätzung doch wieder ein gutes Stück näher, die ihr als einzigem Energiesystem zukommt, das kein CO₂ erzeugt, verbrauchernah installiert werden kann und wirtschaftlich erfolgreich ist.«⁴⁴ Zwar könne die Kernenergie das Klimaproblem nicht alleine lösen, betonte eine KWU-Pressemitteilung, jedoch gebe es »zumindest derzeit keine sinnvolle Lösung des Klima-Problems ohne Kernenergie. [...] Damit wird deutlich: Wer jetzt aus der Kernenergie aussteigen will, torpediert die weltweiten CO₂-Einsparungsbemühungen.«⁴⁵ Zwei Jahre später – die KWU war zwischenzeitlich im Siemens-Mutterkonzern aufgegangen – argumentierte Hüttl in ähnlichem Duktus dafür, die »Blockade« in der Kernenergiepolitik zu überwinden:

41 »KWU-Argumente. Kernenergie und Umweltschutz«, 7.12.1977, Siemens Historical Institute, Sig. 68/Li. 972.

42 Jens Ivo Engels, Umweltgeschichte als Zeitgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 56 (2006) 13, S. 32-38, hier S. 35.

43 »Referat von Herrn Dr. Barthelt zur KWU-Führungstagung am 19.5.1987«, Siemens Historical Institute, Sig. 31648; zu Kernenergieexporten aus der Bundesrepublik in den 1970er Jahren siehe Dennis Romberg, *Atomgeschäfte. Die Nuklearexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1970-1979*, Paderborn 2020.

44 »Druckschrift A96001-U01-A241. Adolf Hüttl, KWU-Tagung '91. Mit Power zum Erfolg. Zur Lage des Bereichs Energieerzeugung«, Siemens Historical Institute, Sig. 41.1a

45 »KWU Argumente. Treibhauseffekt und Kernenergie«, 18.7.1990, Siemens Historical Institute, Sig. 68/Li. 972 (Hervorhebung im Original).

»Die Kernenergie [ist nicht] die alleinige Lösung des Klimaproblems, denn die eine, große Lösung gibt es nicht. Sie kann aber sehr wohl einen größeren Beitrag leisten als heute. [...] Bei einem Verzicht auf Kernenergie [...] wäre die Lösung der weltweiten Energie- und Umweltprobleme jedenfalls noch wesentlich schwieriger.«⁴⁶

Dass Hüttls Argumentation sich nicht mehr auf Prognosen des nunmehr gesamtdeutschen, sondern des weltweiten Energiebedarfs bezog, verweist dabei auch auf eine räumliche Neuausrichtung des Kernenergiegedankens. Wie der spätere Siemens-Chef Heinrich von Pierer auf der KWU-Jahrespressekonferenz 1990 verlautete, beobachte man mit »Interesse [...] in der energiepolitischen Diskussion eine neue Nachdenklichkeit und eine offene Sichtweise, offener auch was den geographischen Horizont angeht.«⁴⁷ Mit der stärkeren Sensibilisierung der deutschen Gesellschaft für die Energiebedürfnisse des globalen Südens begann auch die Argumentation der Atomwirtschaft, über den Tellerrand der alten Bundesrepublik hinauszugehen. Bisweilen gipfelte dies in der Selbsterteilung eines globalen Mandats, das die westdeutsche Atomwirtschaft (gewissermaßen als Träger »deutscher Ingenieurskunst«) zur Bewahrung ihrer vermeintlichen kerntechnischen Exzellenz verpflichtete. Im Zentrum dieser Argumentation standen die langen Pfadabhängigkeiten der Kerntechnik: Wie könne es als zukunftssichernd gelten, eine komplexe Hochtechnologie auf den Müllhaufen der Geschichte zu verbannen, zumal doch die steigende Energienachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer emissionsarme Energieversorgungsmöglichkeiten wichtiger denn je mache?⁴⁸

Als besonderer Tiefschlag erwies sich in diesem Zusammenhang die Aufgabe des »Schnellen Brüters« im niederrheinischen Kalkar, eines Prestigeprojekts der Atomindustrie, das Milliarden verschlungen hatte und im März 1991 eingestellt wurde, ohne jemals Strom zu produzieren. Neben der letztlich ebenso wenig realisierten Wiederaufbereitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf handelte es sich beim Schnellen Brüter um die entscheidende Komponente zur sogenannten »Schließung des nuklearen Brennstoffkreislaufs«, also jener von der Atomwirtschaft angestrebten Autarkie, in der ein Großteil der für den Betrieb der Kernenergie nötigen Kernbrennstoffe in der Bundesrepublik selbst aus Uran »erbrütet« bzw. wiederaufbereitet werden sollte. Auf diese Weise stand in Wackersdorf und Kalkar mehr zur Disposition als nur einzelne Bauprojekte. Vielmehr fungierte der jeweilige Baufortschritt am »Schnellen Brüter« und an der Wiederaufbereitungsanlage als Prüfstein für die technologische – und auch politische – Zukunftsfähigkeit der Kernenergie in der Bundesrepublik im Allgemeinen.⁴⁹ Vor diesem Hintergrund kann es kaum überraschen, dass die Ein-

46 Adolf Hüttl, Die Blockade überwinden. Experten-Prognose. Es wird nicht ohne Kernenergie gehen, in: Unternehmen & Gesellschaft. Magazin für Unternehmer und Führungskräfte 2 (1992) 3, S. 10-13.

47 »Einleitungsreferat von Dr. Heinrich von Pierer, Mitglied des Vorstands der Siemens AG und Vorsitzender des Bereichs Energieerzeugung (KWU) bei der Jahrespressekonferenz des Bereichs KWU am 15. Februar 1990 in Mülheim/Ruhr«, Siemens Historical Institute, Sig. 15588b.

48 Klaus Barthelt, Wohlstand, Energie und Dritte Welt. Die Energieprobleme der Entwicklungsländer zwingen zum Umdenken, in: Der Arbeitgeber. Offizielles Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 41 (1990) 19, S. 784f.

49 So mit Blick auf Wackersdorf Janine Gaumer, Wackersdorf. Atomkraft und Demokratie in der Bundesrepublik 1980-1989, München 2018, S. 9.

stellung des Schnellen Brüters einen Aufschrei innerhalb der Atomindustrie auslöste. Dabei fällt insbesondere der globale Horizont ins Auge, in dem Atommanager das Projekt kurz nach seiner Auflösung verorteten. Was in der Bundesrepublik »in den letzten Jahren an energiepolitischer Verantwortungslosigkeit geboten wurde«, so ein langjähriger Projektleiter im Schlusswort eines für die Kalkarer Belegschaft zusammengestellten Erinnerungsbandes, sei aufgrund »der Preisgabe von Knowhow einer hoch entwickelten Technologie, auf die die Menschheit aller Wahrscheinlichkeit nach einmal angewiesen sein wird«, absolut verwerflich.⁵⁰ Mit der Aufgabe der Brütertechnologie, so die Überzeugung, habe die deutsche Atomwirtschaft die Erfüllung einer globalen, ja menscheithistorischen Aufgabe versäumt. »Weil nur wenige dieser Rolle gerecht werden können«, so Klaus Barthelt noch in einer 1978 verfassten Denkschrift, »müssen wir sie übernehmen.«⁵¹

Argumente wie dieses verdeutlichen, dass die Ökologisierung der Kernenergiefrage, die die Atomwirtschaft eifrig vorantrieb und in deren Rahmen sie zunehmend den internationalen Kraftwerkmarkt als Ausgleich für die schlechten Verkaufszahlen in der Heimat ins Auge fasste, auch einer zunehmenden Selbstreferenzialität der kernindustriellen Werbebotschaften Vorschub leistete. Die Zukunft der Kernenergie, so könnte man die entsprechende Argumentation zusammenfassen, müsse schon allein deshalb offen gehalten werden, damit ein kerntechnischer Wiedereinstieg überhaupt im Ermessensspielraum zukünftiger Gesellschaften liegen könne.⁵² Atomkraftnutzung als Selbstzweck – hier wird erkennbar, auf welche Weise Tschernobyl die Zukunft der Kernenergie qualitativ verändert hatte: Die politisch gestützten nuklearen »Gestaltungszukünfte«⁵³, welche die Atomwirtschaft noch in den frühen 1970er Jahren popularisiert hatte, waren mittlerweile durch ein geschlossenes, ja zirkuläres Zukunftsbild abgelöst worden.

Fazit

Wie ist vor diesem Hintergrund die jüngste Entwicklung einzuordnen, in der sich der Zukunftshorizont der Kernenergie wieder aufzuklären scheint? Oder anders formuliert: Deutet sich, zehn Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, mit der Rückkehr der Kernenergie in den umweltpolitischen Diskurs auch ein zaghaftes Comeback ihrer utopischen Fortschrittserzählung an? In dieser Frage scheinen nicht nur aufgrund der geologisch wie politisch weiterhin ungelösten Endlagerproblematik berechnete Zweifel angebracht.

50 Heinz Vossebrecker, Das Ende, in: Jochen Höchel (Hg.), Interatom und Siemens in Bensberg. Vier Jahrzehnte Forschung und Technologie. Eine Dokumentation von Mitarbeitern für Mitarbeiter, Bensberg 1994, S. 159f.

51 Klaus Barthelt, Volkswirtschaftliche Aspekte des Kraftwerkbaus, in: Atom-Informationen 7 (1978) 4, S. 26.

52 Adolf Hüttl, Ohne Neubaubeginn in diesem Jahrzehnt geht Reaktor-Know-How verloren, Handelsblatt, 9.6.1993, S. 22.

53 Rüdiger Graf/Benjamin Herzog, Von der Geschichte der Zukunftsvorstellungen zur Geschichte ihrer Generierung. Probleme und Herausforderungen des Zukunftsbezugs im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 42 (2016) 3, S. 497-515, hier S. 508-510.

Wie Martin Sabrow unter dem Eindruck von Fukushima herausgestellt hat, schrieb sich im Verlauf der 1970er Jahre eine »zweite Erzählungslinie« in den Kernenergiediskurs ein, in der »die friedliche Kernkraftnutzung nicht mehr als Zukunftshoffnung, sondern nur mehr als Gegenwartsverlängerung und Übergangsphänomen« aufgefasst wurde.⁵⁴ Damit ist freilich noch nichts über die Frage gesagt, welche Zustimmung die Kernenergie als Übergangslösung in der bundesrepublikanischen Energieversorgung genoss – und welche Zeitspanne des Übergangs die westdeutschen Bürger*innen in Bezug auf die Atomkraftnutzung zu akzeptieren bereit waren. Entgegen einem von Atommanagern beschworenen Schreckensszenario resultierte die fortschreitende politische Institutionalisierung der Anti-Atomkraft-Bewegung nicht darin, dass die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik kurzfristig vom Netz gegangen wären. Im Gegenteil: Dass die Atomkraft sowohl nach Three Mile Island wie nach Tschernobyl bald wieder verhältnismäßig stabile Zustimmungswerte in der Bevölkerung genoss, verweist auf die Tatsache, dass von einer stark angstbesetzten Zukunft in Bezug auf die Kernenergie bei der Mehrheit der Bundesbürger*innen keine Rede sein konnte.⁵⁵ Für viele Zeitgenoss*innen blieb die Atomkraftnutzung (gleichsam als Manifestation eines »nüchternen [energiepolitischen] Pragmatismus«⁵⁶) offenkundig auch weiterhin kompatibel mit ihrem persönlichen Sicherheitsempfinden.⁵⁷

Dabei ist zu betonen, dass ebenjener nüchterne Pragmatismus seit den späten 1970er Jahren nicht nur von zahlreichen Energiekonsument*innen geteilt wurde, sondern dass er auch zunehmend ins Zentrum der Selbstverständigungsdiskurse innerhalb der westdeutschen Atomwirtschaft rückte.⁵⁸ Die verheißungsvollen kern-technischen Zukunftsentwürfe, die in der Nachkriegszeit den experimentellen Einstieg in die Kernenergie abgesichert hatten, wurden dabei nicht nur durch die Anti-Atomkraft-Bewegung zurückgewiesen. Die vielgescholtene »Atomlobby« kündigte diese utopischen Narrative der Kernenergie selbst auf, um an ihre Stelle ein Sicherheitsversprechen zu setzen, das Abhilfe gegen die zeitgenössisch wahrgenommenen (ökonomischen wie ökologischen) Krisensymptome in Aussicht stellte. In diesem Sinne trafen, wie Kim C. Priemel mit Blick auf Industrieunternehmen »nach dem Boom«

54 Martin Sabrow, »Tschernobyl« als historische Zäsur. Key Note Lecture zur Konferenz »After Chernobyl« am 7. April 2011 im Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam, in: Zeitgeschichte Online, April 2011, www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/tschernobyl-als-historische-zaesur (letzter Zugriff 8.7.2020).

55 Kernenergie. Befragung der Bundesbürger. Noch immer sind 57 % dafür, Handelsblatt, 18.9.1986, S. 18. Siehe allerdings in kritischer Perspektive: Atom-Propaganda mit Umfragen, Der Spiegel, Nr. 51, 15.12.1986, S. 105; siehe auch Wehner, Versicherung, S. 38.

56 Sabrow, »Tschernobyl«.

57 Siehe in lokalgeschichtlicher Perspektive Christian Götter, Von der Risikoberechnung zur Vertrauensfrage. Die deutsche Kernenergiedebatte am Beispiel des Kernkraftwerks Stade, in: Eva von Contzen/Tobias Huff/Peter Itzen (Hg.), Risikogesellschaften. Literatur- und geschichtswissenschaftliche Perspektiven, Bielefeld 2018, S. 199-221.

58 Hier bestehen Analogien zu Pragmatisierungsdiskursen anderer, stark ingenieurwissenschaftlich geprägter Branchen in den Jahren »nach dem Boom«, siehe Philipp Hertzog, Pragmatische Politisierung. Verkehrsplaner und die Grenzen der Machbarkeit um 1980, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 379-401; zur ingenieurwissenschaftlichen Community allgemein siehe ders./Jens Ivo Engels, Die Macht der Ingenieure. Zum Wandel ihres politischen Selbstverständnisses in den 1970er Jahren, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande 43 (2011) 1, S. 19-38.

herausgestellt hat, die Wandlungsprozesse der 1980er Jahre die Atomwirtschaft »nicht nur von außen, sondern gerade auch von innen; Transformation und Krise wurden nicht nur erfahren, sondern (mit)gemacht« und mitgestaltet.⁵⁹

Sascha Brünig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am SFB/TRR 138 Dynamiken der Sicherheit an der Philipps-Universität Marburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Kulturgeschichte der Technik, der Wissensgeschichte und der historischen Sicherheitsforschung. E-Mail: bruenigs@staff.uni-marburg.de

59 Kim C. Priemel, Industrieunternehmen, Strukturwandel und Rezession. Die Krise des Flick-Konzerns in den siebziger Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009) 1, S. 1-31, hier S. 4.